



Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-
Württemberg

📅 29.07.2021

CORONAVIRUS / KINDER / JUGENDLICHE

Fachgipfel zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen in Folge der Pandemie geplant



📷 © picture alliance/dpa | Sebastian Gollnow

Um die psychischen Folgen der Pandemie für junge Menschen noch stärker in den Blick zu nehmen, soll unter Federführung des Sozial- und Gesundheitsministeriums ein Fachgipfel zur kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung stattfinden.

Gesundheitsminister Manne Lucha setzt nach der heutigen (29. Juli) Sitzung des Landeskrankenhausausschusses ein deutliches Signal: Um die psychischen Folgen der Pandemie für junge Menschen noch stärker in den Blick zu nehmen, soll am 18. August unter Federführung des

jugendpsychiatrischen Versorgung stattfinden. Darauf hat sich der Landeskrankenhausausschuss geeinigt und bei dem Thema Unterstützung zugesagt. Zu dem Gipfel sollen unter anderem Vertreterinnen und Vertreter der stationären und ambulanten Psychiatrie, psychologischen Beratungsstellen, Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Betroffenenverbänden eingeladen werden. Ziel ist es, in der Folge eine Task-Force einzurichten, die das Thema „Psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen durch die Corona-Pandemie“ weiter in den Blick nimmt.

„Ich freue mich, dass der Landeskrankenhausausschuss heute seine einvernehmliche Unterstützung zugesagt hat. Eine erhöhte psychische Belastung junger Menschen in Zusammenhang mit der Pandemie steht außer Zweifel. Die Folgen der Pandemie sind komplex und zeigen sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Alle sozialen Akteure sind jetzt aufgerufen, vor Ort Brücken zu bauen, damit Kinder und Jugendliche wieder Anschluss finden. Aber auch in der stationären und ambulanten psychiatrischen Versorgung müssen wir über möglichst schnelle Lösungen sprechen“, sagte Lucha.

Stetiger Aufbau der voll- und teilstationären Versorgung

Der steigende Bedarf an stationären Kapazitäten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie wurde durch die Landesregierung frühzeitig erkannt. Allerdings erlaubte die bis 2018 geltende Krankenhausplanung keine zusätzliche Ausweisung von Betten und Plätzen. Ein entsprechender Kabinettsbeschluss im Januar 2018 brachte hier die Kehrtwende: Der Bedarf wird seither – entsprechend der Erwachsenenpsychiatrie – anhand der nachgewiesenen Behandlungen für jedes einzelne Krankenhaus ermittelt. Damit können die Krankenhäuser entsprechende Betten beantragen und mit den Krankenkassen abrechnen. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Zahlen in den kommenden Jahren weiter deutlich erhöhen werden.

In den letzten Jahren hat es einen stetigen Aufbau der voll- und teilstationären Versorgung gegeben. Die teilstationären Kapazitäten im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie haben sich dabei um ca. 40 Prozent und die vollstationären Kapazitäten um ca. 16 Prozent erhöht. „Es ist unser erklärtes Ziel, gerade im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie ausreichend Behandlungskapazitäten zur Verfügung zu stellen“, betonte Lucha. Zusätzlich werde aktuell die Ausweisung der stationsäquivalenten Behandlung forciert. Seit dem letzten Jahr wurden hier 15 zusätzliche Plätze geschaffen und weitere sollen folgen. Das Land Baden-Württemberg hat sich dabei ganz bewusst für eine pauschale Ausweisung von zusätzlichen Plätzen je Krankenhaus (5 je Krankenhaus) entschieden, damit die Einrichtungen unverzüglich und ohne große bürokratische Hemmnisse auf erhöhte Bedarfe reagieren können.

Ergänzende Informationen

Kinder- und jugendpsychiatrische Klinikbetten in Baden-Württemberg:

KJP Teilstationär:

01.01.2015: 285

01.01.2021: 384

KJP Vollstationär:

01.01.2015: 597

01.01.2021: 692